

Bitte keinen Hütprozess mit hochtrabenden pädagogischen Floskeln

Category: Blog

geschrieben von Alain Pichard | 5. April 2026

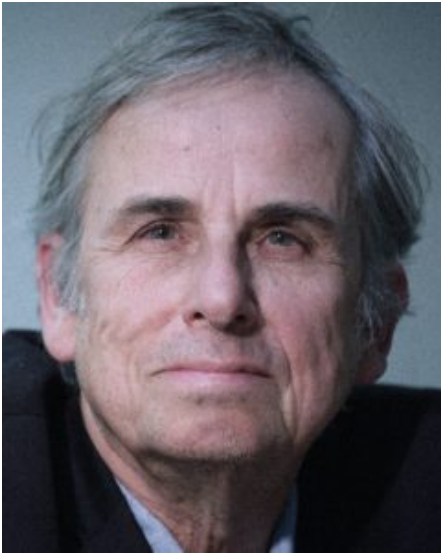




Stefan C. Wolter, Bildungsforscher:
Rückkehr zu Kleinklassen ist viel zu
teuer.

Der jüngst publizierte Bildungsbericht 2026, für den der Bildungsökonom Stefan Wolter verantwortlich ist, warnt eindringlich vor der Schaffung neuer Kleinklassen. Als Argument führt er vor allem die finanziellen Auswirkungen und der Mangel an ausgebildeten Fachkräften an. Dabei präsentiert er Statistiken und Zahlen, die sich folgendermassen zusammenfassen lassen:

Eine Abkehr von der integrativen Schule würde schweizweit rund 2000 zusätzliche Lehrkräfte erfordern und Mehrkosten von rund 100 Millionen Franken verursachen. Ausserdem erwähnt Wolter, dass nur vier Prozent der Schüler auf sonderpädagogische Massnahmen angewiesen seien.



Alain Pichard, ehem. Stadt- und Grossrat der GLP, Lehrer und Publizist: Wir müssen ehrlicher werden.

Offensichtlich werden hier von Herrn Wolter und seinem Staff zwei verschiedene Bereiche nicht scharf genug getrennt und deren ökonomische Folgen diffus wiedergegeben. Es gibt nämlich einen Unterschied zwischen der Separativen Schulung und den sonderpädagogischen Massnahmen.

Babylonische Wortkreationen

Die Berner Bildungsdirektion stellte in ihrem Bericht vom Mai 2025 fest: «Im Schuljahr 2024/25 ist für rund 80 Prozent aller Schülerinnen und Schüler im Kanton Bern das ordentliche Regelschulangebot ausreichend. Ungefähr 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler erhalten im Rahmen der Regelschule zusätzliche Unterstützung in Form von sogenannten «einfachen sonderpädagogischen Massnahmen, 5 Prozent werden separativ beschult.»

Hinter dieser trockenen Amtssprache versteckt sich ein beträchtlicher Zündstoff. Es wird nämlich zugegeben, dass die von Befürwortern und Gegnern der integrativen Schule je nach Standpunkt begrüßte oder kritisierte Aufhebung der besonderen Klassen gar nie stattgefunden hat. Die ehemaligen Kleinklassen heissen einfach anders: Aquarien, Förderklassen, Lernateliers, Klassen mit besonderem Bildungsbedarf, sonderpädagogische Klassen, Sprachförderklasse, Lernförderklassen, Verhaltensunterstützende Klassen, Entlastungsklassen, Aufnahmeklassen (v. a. für neu zugewanderte Kinder), Time-out-Klassen (zeitlich

befristet), Entlastungsklassen. Eine besonders kreative Wortschöpfung hat sich die Bieler Schuldirektion ausgedacht. Sie will aus den heute noch bestehenden Kleinklassen das sogenannte Projekt «Rauszeit» entwickeln.



Bichsels Kurzgeschichte über die Vernebelung der Begriffe.

Diese babylonischen Wortkreationen erinnern an Peter Bichsels Glosse «Ein Tisch ist ein Stuhl». Am Schluss soll eigentlich niemand mehr wissen, um was es geht. Eine separative Beschulung! Unter dem Strich hat sich der Anteil der separativ beschulten Kinder kaum verändert. Er betrug schon in den 70er-Jahren in der Schweiz zwischen 5 Prozent (Bern) und 8,4 Prozent (Kanton Zürich).

Zugenommen haben dagegen die Diagnosen: 15 Prozent werden nach obgenannter Definition derzeit im Kanton Bern in sogenannten «Integrativen Settings» (was für ein Begriff!) im Regelunterricht zu beschulen versucht. Und auch hier gibt es wunderbare Wortschöpfungen wie Integrative Förderung (IF), Integrative Sonderschulung (ISS), Integrierte sonderpädagogische Massnahmen, reduzierte Lernziele, Nachteilsausgleiche usw.

In diesen teilweise chaotischen verordneten Strukturen können keine Förderpläne realisiert werden. Denn viele verantwortliche Lehrkräfte haben aktuell gar nicht die nötige Ausbildung, um diese Kinder zu beschulen, geschweige denn, sie gezielt zu fördern.

Unvergessen ist der Beitrag von SRF[LL1.1] (23.8.23), in dem die Basler

Primarlehrerin Sandra Maître vor laufender Kamera ein Soziogramm ihrer Klasse an die Wandtafel schrieb. Von 22 Schülerinnen und Schülern hatten deren 18 eine Diagnose. Betreut werden diese Kinder mit besonderem Förderbedarf durch ein Heer von Speziallehrkräften, Klassenhilfen, Schulsozialarbeiterinnen und Heilpädagoginnen, je nach Setting in der Klasse parallel oder eben in besagten «Lerninseln». Das Projekt «Lerninsel» ist der verzweifelte Versuch, die Lehrkräfte zu entlasten. Den auf diese Art verschobenen Kinder und Jugendlichen ist damit wenig gedient. In diesen teilweise chaotischen verordneten Strukturen können keine Förderpläne realisiert werden. Denn viele verantwortliche Lehrkräfte haben aktuell gar nicht die nötige Ausbildung, um diese Kinder zu beschulen, geschweige denn, sie gezielt zu fördern.

So degeneriert dies viel zu oft zu einem reinem Hüteprozess, mit hochtrabenden pädagogischen Floskeln, und mündet in ein salbungsvolles «Faire-semblant».



Christine Häsler,
Bildungsdirektorin des Kantons
Bern: Nachkredite von 77 Mio.
Franken.

Die von Professor Wolter prognostizierte Kostenexplosion ist bereits in vollem Gang. Die bedauernswerte Berner Regierungsrätin Christine Häsler, musste dem Parlament während der Budgetdebatte im November 2025 eröffnen, dass bereits in den Jahren 2022 bis 2024 im besonderen Volksschulbereich rund 150 zusätzliche Klassen eröffnet wurden. Für das Schuljahr 2025/26 kam es zu weiteren 35 Klasseneröffnungen. Sie beantragte daher einen Nachkredit von 77 Millionen Franken. Die Finanzkommission stellte lapidar fest: «Der Bildungsbereich zählt zu den grössten Treibern des Ausgabenwachstums im Kanton Bern.»

Befunde und Diagnosen nehmen rasant zu, die vorgeschlagenen Massnahmen und

Betreuungsmethoden ebenso. Begleitet wird diese Entwicklung von einer Abklärungsarmee und implodierenden Fachstellen, die händeringend nach mehr Personal rufen. Die Übersicht hat kaum jemand.

Anna-Katharina Zenger, Sekretärin von Bildung Bern, versuchte die bestürzten Grossräte mit folgender Erklärung zu beschwichtigen: «Die ‹Kostenexplosion› hängt damit zusammen, dass der Bedarf gestiegen ist, dass mehr Kinder in die besonderen Volksschulen überwiesen werden oder auf sonderpädagogische Massnahmen angewiesen sind.»

Reduktion der Lehrpläne

In diesem Tsunami der unerfreulichen Zahlen und Entwicklungen, den Berichten von Überforderung und Klagen der Lehrpersonen, mündet die Diskussion in einem fatalen Befund: Die Integration sei gescheitert. Sind die Wellen vorbei und bewegen sich die Diskussionen wieder im flachen Gewässer, so erkennt man einen Untergrund, der etwas Anderes zutage fördert als die Blasen aufsteigender Empörung.

Die Integration ist nicht grundsätzlich gescheitert. Die Schule war noch nie so durchlässig, die Klassen noch nie so offen für Kinder mit besonderem Förderbedarf, der Lehrkörper noch nie so verständnisvoll wie heute. Gescheitert ist die ideologische Wunschprosa der PH-Experten, der Märchen erzählenden Funktionäre der Lehrpersonalverbände, die Geschichte der Masterpläne. Gescheitert ist eine Umsetzung, die die Praxis mit ständig neuen Verordnungen, Reglementen und Vorgaben überzieht.



So ein Unterricht produziert eher mehr Fälle.

Es ist keine Frage: Es gibt heute mehr Kinder mit Förderbedarf, es gibt die Spätfolgen von Corona, es gibt die Einwanderung und die Folgen des

Medienkonsums. Die Lösung wäre hier aber nicht die Atomisierung des Lehrkörpers, schrille Vorstellungen von einem selbstorganisierten Unterricht, die Umfunktionierung des Klassenzimmers zum Durchgangsbahnhof und die Degradierung der Lehrperson zum Coach. Das ist enorm teuer und produziert eher neue "Fälle", als dass es den Kindern hilft.

Nötig wäre die Reduktion der Lehrpläne, gut ausgebildete Lehrkräfte, an Brennpunktschulen und in schwierigen Verhältnissen im Teamteaching, mehr Ruhe und ein guter Unterricht und Lehrer die möglichst in einem Vollpensum die Verantwortung für das Lernen übernehmen. Und zu tun, was man versteckt, bereits macht: Massvoll separativ beschulen. Damit könnte man nicht alle Probleme lösen, aber sie erheblich reduzieren. Wir müssen ehrlicher werden, weniger Ausreden suchen und Verantwortung übernehmen.